

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Rainer Bartel: Individualismus und Solidarisierung aus ökonomischer Perspektive • **Petra Unger:** Gleich? Jetzt! 40 Jahre Gleichbehandlungsgesetz. Eine kurze Geschichte der Gleichbehandlung • **Gertrud Nagy:** Schulpartnerschaft und Schulerfolg – schlechte Karten für Kinder an Brennpunktschulen

AK-Wissenschaftspreis 2019: *Philip Rathgeb:* Politische Ursachen von Ungleichheit am Arbeitsmarkt • *Gloria Kutscher:* Sind wir denn alle Mittelschicht? • *Janine Heinz:* Komplexe Unsicherheit und die Flucht ins Autoritäre

Dennis Tamesberger: Rezension Marie Jahoda: Arbeitslose bei der Arbeit

Individualismus und Solidarisierung aus ökonomischer Perspektive

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Individualisierung	10
2. Wie die Ökonomik grundsätzlich denkt und was sie lehrt	18
3. Solidarisierung	29
4. Weitblick	36

Rainer Bartel

*Außerordentlicher
Universitätsprofessor
am Institut für
Volkswirtschaftslehre
der Johannes Kepler
Universität Linz*

Fragestellungen

In unserer Zeit, in der gesamtwirtschaftliche Probleme deutlicher fühlbar sind (Umwelt- und Klimagefährdung, hohe und hartnäckige Arbeitslosigkeit, verschlechterte Arbeitsbedingungen, wachsende Ungleichheit, zunehmende Unsicherheit und Verunsicherung), sollten eigentlich Gemeinschaftsanliegen – die Lösung der typisch gesamtwirtschaftlichen Probleme – in den Vordergrund unseres Interesses rücken. Diese Probleme entstehen doch (trotz nicht zu bestreitender Wirtschaftsleistungen im Gesamten) vornehmlich durch die Entscheidungen von Individuen auf Märkten, sind also individuell bzw. durch die Märkte offenbar nicht oder kaum zu lösen. Daher stellen sich grundlegende Fragen. Warum dominiert der Individualismus im wirtschaftlichen Denken und Handeln und gibt es gute Argumente für eine Solidarisierung (verstärkte Solidarität) individuellen, besonders aber kollektiven (gemeinsamen, v. a. wirtschaftspolitischen) Handelns? Wirtschaftliche Rahmenbedingungen können das private und politische Handeln prägen, entweder indem sie die herrschenden Zustände verfestigen oder aber eine Herausforderung und Motivation zu deren Änderung bieten. Was kann die Ökonomik (Volkswirtschaftslehre) dazu sagen?

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Individualisierung

die Welt hat sich verändert

Wir leben heute in einer anderen Welt. Das ist keine Leerformel, eher eine Binsenweisheit, aber eine wichtige. Betrachten wir einmal jene Nachkriegszeit, für welche die Arbeitslosenquoten leicht verfügbar sind, also von 1950 bis 2019. Teilen wir diese 70 Jahre unwillkürlich in zwei gleich lange Teilperioden, nämlich 1950 bis 1984 und 1985 bis 2019, so erkennen wir die Unterschiedlichkeit der Welt vorher und nachher (Tabellen 1 und 2). Die Zweiteilung unseres Zeitraums entspricht grob der Ära vor bzw. mit dem Einfluss des neoliberalen Gedankenguts auf die Wirtschaftspolitik, ausgehend von Thatcher, Reagan, Kohl und Schüssel. Dabei verwischt die strikte Halbierung die Unterschiedlichkeit sogar ein wenig (v. a. bei der Arbeitslosenquote); der Kontrast bleibt allerdings markant genug.

Tabelle 1: Reale BIP-Wachstumsraten für Österreich, in Prozent

Teilperioden	Minimum	Maximum	Mittelwert	Median
1950–1984	- 0,4	12,4	4,6	4,6
1985–2019	- 3,8	4,3	2,1	2,3

Tabelle 2: Arbeitslosenquoten für Österreich nach der Registermethode, in Prozent

Teilperioden	Minimum	Maximum	Mittelwert	Median
1950–1984	1,5	8,7	3,6	2,7
1985–2019	4,8	9,1	6,7	6,8

1.1 Die Zeiten verschlechtern sich für viele ganz wesentlich und verlangen Lösungen im Interesse aller

Arbeitslosenquoten haben hinsichtlich ihrer Verursachung viel mit Wirtschafts- und Produktivitätswachstum zu tun (wie viele Arbeitskräfte braucht die Wirtschaft mehr oder weniger?), mit Arbeitskräftepotenzial (wie viele Menschen wollen noch beschäftigt werden?) und mit Qualifikationsprofil und -anforderungen (können die Menschen den Anforderungen der Unternehmen gerecht werden?). Kostenminimierungs- und Anforderungsmaximierungsstrategien der Unternehmen unter dem Druck des Wettbewerbs oder Maximierung des *Shareholder Value* in Zeiten neoliberaler Denkweise haben tendenziell nicht nur die Beschäftigung gedrückt, sondern auch die Qualität der Arbeit: Teilzeitarbeit, in manchen Bereichen schlechte Entlohnung, Mehrfachjobs, mangelnde Arbeitszeitsouveränität, Arbeitsverdichtung und -entgrenzung, Überforderung durch Selbst- und Fremdausbeutung, abnehmende soziale Teilhabe und Desintegration, Arbeitszeitverkürzung durch und Stigmatisierung von Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzverlustangst und ökonomisch-soziale Abstiegsangst sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit der Aufzählung – nicht zu übersehen. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich und wird allgemein bedrückender (Marchart 2013). Harvard-Ökonom Dani Rodrik (2020) attestiert den Unternehmen quasi einen für sie selbst kontraproduktiven Umgang mit ihren Beschäftigten – gerade auf einer Entwicklungsstufe, wo es entscheidend um Qualität in der Dienstleistungsgesellschaft und Innovativität im Gütermarkt Wettbewerb geht oder gehen sollte: ein alter Hut, zumal dies schon Joseph Alois Schumpeter (1942/1993) festgestellt hatte. Und obendrein zeitige dieser Missstand gravierende gesellschaftliche Konsequenzen:

Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen verschlechtert

„Kontrolle durch Arbeitnehmer_innen ist wichtig für das Gegengewicht zu den Anreizen der Investor_innen, das Wohl der

Gegengewicht der Arbeitnehmer_innen auch politisch wichtig

Beschäftigten zu ignorieren. (...) In Gemeinden, wo gute, Mittelklasse-Arbeitsplätze selten werden, entwickeln eine breite Palette sozialer und politischer Übel – zerbrochene Familien, Suchtabhängigkeit, Verbrechen, Abbau von Sozialkapital [Verschlechterung des sozialen Gefüges und seiner allseitigen Vorteilhaftigkeit; Anm.], Fremdenangst und eine zunehmende Hinneigung zu autoritären Werthaltungen“ (Rodrik 2020, o. S., eigene Übersetzung). „Rosa Jochmann stellte sich gegen eine Interpretation, der zufolge der Faschismus wie eine ‚Epidemie‘ oder ‚Naturkatastrophe‘ über die Menschen ‚hereingebrochen‘ wäre. Stattdessen plädierte sie dafür, die gesellschaftspolitischen Ursachen der Entwicklungen in Blickfeld zu rücken“ (Duma 2019, S. 158).

externe Kosten der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit hat nicht nur „individuelle Kosten“ (Nachteile für die betroffene Person), sondern auch „externe Kosten“: Nachteile (auch) für die anderen. Die staatlichen, teils auch privaten Ausgaben für die Linderung des sozialen Elends (materielle Armut und soziale Ausgrenzung, psychische und psychosomatische Beschwerden, schlechte Nahrung, Antriebslosigkeit und Bewegungsarmut etc.) schränken den finanziellen Spielraum für jene Ausgaben ein, die in dem Sinn zukunftssträchtig sind, dass Arbeitslosigkeit, Prekariat und soziales Leid verhindert werden, oder erhöhen die Staatsverschuldung, die oft mit verantwortungsloser Verschwendungssucht gleichgesetzt wird – obwohl die Verschwendung im Sparen und so im Zulassen von Arbeitslosigkeit liegt.

soziale Kosten der Arbeitslosigkeit

Die „sozialen Kosten“ (die individuellen und externen Kosten) der Arbeitslosigkeit tendieren zur Selbstverfestigung und -verstärkung. Gesellschaftlich marginalisierte und sozial gebrochene Bevölkerungsschichten verlieren samt ihren Kindern Chancen auf gute (Aus-)Bildung und können weniger wertvolle Beiträge zu Wirtschaft und Sozialem leisten. Mit um sich greifendem Kosten- statt Qualitätswettbewerb und dann freilich billigen und schlechten Jobs lässt sich die „soziale Wohlfahrt“ (das Wohlergehen der Gesellschaft insgesamt, auch der Schwächeren) nicht halten oder gar nachhaltig entwickeln. Sozialkapital im Allgemeinen und Bildungsnähe und -erfolg, Berufserfolg und -erfüllung, Entlohnung, Lebenszufriedenheit und soziale Integration werden, wie längst bekannt und breit akzeptiert ist, sozial vererbt (vgl. z. B. Stiglitz 2016).

1.2 Eingebüßte Chancen, scheiternde Lebensentwürfe und schwache Politik

Aufgrund solcher Verhältnisse ist das Hauptproblem heutzutage die fehlende Chancengerechtigkeit (nicht Ergebnisgleichheit!). Der Druck auf die Menschen besteht auf längere Sicht hauptsächlich in der Perspektivlosigkeit, nämlich insofern, als Bemühen und Leistung oft nicht mehr für ein abgesichertes, angenehmes, erfülltes und zufriedenes Leben hinreichen. Besorgt sehen ältere Generationen eine objektiv und empfindlich verschlechterte Lage für die jüngeren, während jüngere Generationen mit der Frustration zu leben lernen, es nicht mehr so weit bringen und so gut haben zu können wie die Vorangegangenen. Der Wettbewerb um ein gutes Leben fordert immer mehr und überfordert immer eher. Sinnentleerung kann sich breitmachen, Desillusionierung kann zu Rückzugsverhalten, fortschreitendem geistigen Nihilismus, Zorn, (Auto-) Aggression und politischer Radikalität führen. Solche Tendenzen sind längst nicht mehr neu, sie werden abgelehnt und kritisiert, sie sollten politisch – wie sonst? – korrigiert werden, aber es tat sich bislang nichts Entscheidendes.

*Ungerechtigkeit und
Perspektivlosigkeit*

Koordinationsversagen ist auf dem Markt und in der Politik festzustellen, gemeint als eine Koordination der wirtschaftlichen bzw. politischen Verhaltensweisen mit der Zielrichtung von ökonomisch und sozial besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsergebnissen für alle. Im gegenwärtigen System wird Alternativlosigkeit nicht nur immer wieder verneint, ja sie wird im Zeitgeist des Neoliberalismus von den meisten politischen Parteien – jeweils mehr oder weniger – auch vertreten und kommuniziert. Dies bestärkt die Tendenz, dass sich die Wirtschaft aus der Gesellschaft „entbettet“ (Polanyi 1944/1977); d. h., die Gesellschaft ist für die Wirtschaft da, nicht die Wirtschaft für die Gesellschaft. Die Grundfrage ist, ob die Wirtschaft, aber v. a. die Politik, das Koordinationsversagen überwinden und die Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft den Erwartungen der Menschen (v. a. der Arbeitnehmer_innen, Wähler_innen und Konsument_innen) anpassen kann.

*Koordinations-
versagen auf dem
Markt und in der
Politik*

Freilich sind die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen objektiv schwieriger geworden (Rothschild 1982), aber etwa ein Joseph Stiglitz, erst Weltbank-Chefökonom, dann Professor an der Columbia

*Rahmenbedingun-
gen schwierig*

University, New York, und Nobelpreisträger 2001, sieht wie andere, aber bei weitem nicht die Mehrheit der Ökonom_innen, u. a. die Wachstums- und Beschäftigungsschwäche primär dem Neoliberalismus und der von ihm geprägten Politik geschuldet:

Politik versagt

„Es können viele Lehren gezogen werden, wenn wir über die Krise 2008 nachdenken, aber die wichtigste ist, dass die Herausforderung eine politische, keine ökonomische war – und bleibt: Es gibt nichts, was unsere Wirtschaft im Inneren daran hindert, in einer Art geführt zu werden, welche Vollbeschäftigung und geteilten Wohlstand sichert. Langfristige Stagnation war nur eine Ausrede für mangelhafte Wirtschaftspolitiken. Solange die Eigensucht und Kurzsichtigkeit, die unsere Politik definieren (...), nicht überwunden werden, bleibt eine Wirtschaft, die den vielen statt den wenigen nützt, ein unmöglicher Traum“ (Stiglitz 2018, o. S., eigene Übersetzung).

1.3 Die neue Welt übersteigert Konkurrenz und Individualismus, fördert relative Benachteiligung und Missgunst

*individualistische
Strategie:
Missgunst*

So lange bleibt also die Ungerechtigkeit der Chancen und somit der Wirtschafts- und Sozialergebnisse bestehen. Und so lange ist situationsbedingt die individuelle Strategie naheliegend: Die anderen sind meine Konkurrent_innen, den anderen gönne ich den Erfolg nicht, denn ich habe mich genauso oder gar mehr bemüht, bin aber nicht ebenso erfolgreich bzw. nicht erfolgreicher. Ich gönne ihnen auch keine Sozialleistungen, weil auch ich sie nicht oder nicht in derselben Höhe erhalte. Ich fühle mich im Vergleich mit vielen benachteiligt: Man nennt das „relative Deprivation“ (Keynes 1936/1973). Der Individualismus ist gesät; die Individualisierung schreitet, bedingt und gefördert durch die sich verschlechternden Rahmenbedingungen, voran. Der Slogan „Geht es der Wirtschaft gut, geht es den Menschen gut“ gilt bei weitem nicht für alle. Er ist auch schon unglaublich alt:

„In der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts begann man zu glauben, dass ‚eine steigende Flut alle Boote hochhebt‘: Wirtschaftswachstum würde zunehmenden Wohlstand und steigende Lebensstandards für alle Teile der Gesellschaft bringen. Damals gab es einige Evidenz für diesen Anspruch. (...) Heute hat sich die Tendenz zu größerer Gleichheit (...) umgekehrt. (...)

[D]ie steigende Flut hat nur die großen Yachten gehoben, und viele der kleineren Boote sind, auf den Klippen zerschmettert, zurückgeblieben“ (Stiglitz 2016, S. 134, eigene Übersetzung).

Die absolute Verbesserung des Lebensstandards durfte im Hinblick auf das Gefühl des Zu-kurz-gekommen-Seins nicht wesentlich relevant sein, kommt es doch offenbar auf die Entwicklung der Verteilung an; Mensch vergleicht sich halt und fühlt sich eben ungerecht behandelt. Manchmal stimmt das Gefühl der Benachteiligung, manchmal erhält man den gegenteiligen Eindruck, nämlich, wenn man Gesamt- oder Durchschnittsgrößen betrachtet (die aber im Einzelfall kaum zutreffen). Selbst wenn keine Benachteiligung vorzuliegen scheint oder objektiv nicht vorliegt, ist es das subjektive Gefühl, das für das Individuum maßgeblich ist. Misstrauen in System und Politik können die Unzufriedenen zu selektiver Wahrnehmung und verzerrten Empfindungen veranlassen, und das ist freilich ebenso bedenklich. Doch welche Rolle spielt nun die tatsächliche Verteilungssituation?

*Lebensstandard,
relative
Benachteiligung
und Misstrauen*

1.4 Verteilung wird in Zeiten wie diesen wichtiger und problematischer

„In einer Gesellschaft, wo die Beschäftigung eher nachhaltig ist und wo der Wohlfahrtsstaat großzügig Bildungs-, Gesundheits- und Wohnleistungen bereitstellt, gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit absichert und die Einkommensniveaus im Alter hochhält, stellt die Regelmäßigkeit tatsächlicher und erwarteter Einkommensströme sicher, dass Lebensstandards gewahrt werden und der Besitz von Vermögen weniger bedeutend ist. Wenn diese Voraussetzungen auslassen, wegen erhöhter Arbeitsplatzunsicherheit und verringerter Sozialausgaben, nimmt Vermögen eine neue Bedeutung für den Wohlstand der Haushalte an“ (Draghi 2007, zit. n. BMASK 2017, S. 87, eigene Übersetzung).

*Vermögen wird
bedeutsamer*

Der „Household Finance and Consumption Survey Austria“ (HFCS, dritte Welle: Ergebnisse für 2017) misst die Verteilungssituation für Österreich, was (Netto-)Vermögen und Einkommen betrifft. Der Bericht verdeutlicht mittels jüngster Daten anhand von Quintilen (das sind Bevölkerungsfünftel, vom ärmsten bis zum reichsten Fünftel) die stärkere Ungleichheit in der Verteilung der Vermögen als in der Verteilung der Einkommen (Fessler u. a. 2019/2020) – ein für Österreich schon mehrfach festgestelltes Phänomen.

*Verteilung nach
Quintilen*

Tabelle 3: Verteilung von Nettovermögen und Bruttoeinkommen 2017 in Österreich

Quintile (Q)	Nettovermögen gesamt		Bruttoeinkommen gesamt		Bruttoeinkommen der Unselbstständigen	
	in % des 5. Quintils	in % des gesamten Vermögens	in % des 5. Quintils	in % des gesamten Bruttoeink.	in % des 5. Quintils	in % des unselbstst. Bruttoeink.
Q1	-0,3	-0,2	14,8	6,3	15,9	6,3
Q2	2,1	1,6	26,2	11,2	30,4	12,0
Q3	9,5	6,9	38,3	16,5	44,8	17,7
Q4	26,0	18,9	53,6	23,0	61,4	24,3
Q5	100,0	72,9	100,0	49,2	100,0	39,6

Lesebeispiel für Tabelle 3

So zeigt Tabelle 3 etwa, dass das Nettovermögen (Vermögen minus Schulden) im ersten Quintil (Q1) negativ ist; d. h., im ärmsten Bevölkerungsfünftel sind die Schulden höher als das Vermögen. Das zweite Quintil (zweitärmste Bevölkerungsfünftel) besitzt ein Nettovermögen, das nur 2,1 % (ein Fünfzigstel) des Nettovermögens des fünften Quintils (reichsten Bevölkerungsfünftels) beträgt; das vierte Quintil (Q4) besitzt immerhin 26 % (ca. ein Viertel) des Nettovermögens des fünften Quintils. Wird die Verteilung durch Anteile am gesamten Nettovermögen (nicht mehr wie bisher als Anteile am Nettovermögen des reichsten Quintils) beschrieben, sehen wir, dass das erste Quintil (Q1) Nettoschulden in Höhe von 0,2 % des Nettogesamtvermögens hat, das zweite Quintil (Q2) ein Nettovermögen von 1,6 % des gesamten Nettovermögens. Die Angaben über die Einkommen sind in der gleichen Weise zu lesen (vgl. dazu auch Endnote 9).

globale Entwicklung der Verteilung

Thomas Pikettys Standardwerk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ bietet eine Vielzahl interessanter Einblicke in die langfristige Verteilungsentwicklung auf internationaler Ebene. Die seit den 1990ern weltweit abnehmende Ungleichheit – zwischen USA und Europa als den Reichen auf der einen Seite und Asien und Afrika als den Armen auf der anderen Seite – (Piketty 2014, S. 90) ist aber auf das Aufholen an Einkommen in Staaten mit früher hoher nationaler Ungleichheit zurückzuführen, wogegen sich die Wohlstandsverteilung innerhalb der meisten Staaten tendenziell ungleicher gestaltet (für die EU vgl. Dauderstädt/Keltek 2011). Die Ungleichheit der Einkommen, gemessen als Anteil des reichsten Dezils (Bevölkerungszehntels) am

Nationaleinkommen, nimmt in den USA seit Anfang der 1970er-Jahre und in Europa seit Beginn der 1980er-Jahre zu; bezüglich des Vermögens gilt dieselbe Entwicklung wie beim Einkommen (Piketty 2014, S. 429, 465).

1.5 Soziale Gerechtigkeit reicht über Einkommen und Vermögen hinaus und legt eine umfassende Gemeinwohlpolitik nahe

Gerechtigkeitsempfindungen kommen nicht nur aufgrund der Verteilungssituation bei Einkommen und Vermögen zur Geltung. Unter dem ständigen Titel „Social Justice in the EU and OECD“ legt die Bertelsmann-Stiftung wiederholt an den Tag, wie soziale Un-/Gerechtigkeit in einem weiteren Sinn sich mit einem System von Indikatoren und Indizes einigermaßen erfassen lässt, zuletzt in ihrem „Index Report 2019“ (Hellmann u. a. 2020, S. 12ff.): Armutsrisiko, Bildungszugang, Arbeitsmarktzugang (Beschäftigung, Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, ungewollte Teilzeitbeschäftigung, Häufigkeit von Niedrigentlohnung u. dgl.), sozialer Einschluss und Nichtdiskriminierung, Gerechtigkeit zwischen den Generationen (v. a. Umwelt-, Pensions- und Familienpolitik, Forschung und Entwicklung) sowie Gesundheit (Gesundheitspolitik, gesunde Lebenserwartung, Ärztedichte, Selbstbehalte, empfundener Gesundheitszustand nach Einkommensquintilen der Bevölkerung).

soziale Indikatoren sozialer (Un-)Gerechtigkeit

Österreich hat sich im Lauf des vergangenen Jahrzehnts um 0,1 auf 6,33 Indexpunkte verbessert; der Durchschnitt der 41 untersuchten Staaten liegt aktuell bei 6,09 Punkten; das entspricht einer Verschlechterung von 0,05 Punkten. Im Ranking liegt Österreich auf Platz 17, mit relativ guten bzw. durchschnittlichen Platzierungen in den Bereichen Gesundheit (Platz 12), Armutsvermeidung (16) und Generationengerechtigkeit (17), hingegen relativ schlecht bei sozialem Einschluss und Nichtdiskriminierung (20), Arbeitsmarktzugang (25) und Bildungszugang (36). Am ehesten auffällig sind die leichte tendenzielle Verbesserung beim Bildungszugang und eine ebensolche Verschlechterung im Hinblick auf sozialen Einschluss und Nichtdiskriminierung; Armutsvermeidung und Gesundheit haben sich jüngst verschlechtert (Hellmann u. a. 2020, S. 7f., 142).

Verteilung und soziale Gerechtigkeit in Österreich

Jedenfalls zeichnen all diese inhaltlichen Punkte die Ansatzpunkte für eine Gemeinwohlpolitik („soziale Wohlfahrtspolitik“) vor, welche der Abneigung eines erheblichen Teils der Bevölkerung gegen das

Ansatzpunkte für die Politik

System sowie deren Politikverdrossenheit – und in der Folge einer Entpolitisierung oder politischen Radikalisierung – entgegenwirken kann. Dazu gehört neben einer Politik der Chancengerechtigkeit – nicht nur, aber auch – eine stärker ausgeprägte, im Allgemeinen wie im Einzelfall gut argumentierte und kommunizierte Verteilungspolitik.

*je reicher,
desto
zufriedener*

Die „European Union Statistics on Income and Living Conditions 2015“ (EU-SILC 2015, S. 220) misst die allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von null („überhaupt nicht“) bis zehn („vollkommen zufrieden“) je nach folgenden Einkommensgruppen: niedrig bedeutet weniger als 60 %, mittel 60 bis 180 % und hoch mehr 180 % des um die Haushaltsstruktur bereinigten („äquivalisierten“) mittleren Einkommens. Die Ergebnisse zeigen Zufriedenheitsnoten von 7,1, 7,9 und 8,3 jeweils für Bezieher_innen niedriger, mittlerer bzw. hoher Einkommen. Demnach gilt, je einkommensreicher jemand in Österreich ist, desto höher ist ihre bzw. seine empfundene Lebenszufriedenheit.

2. Wie die Ökonomik grundsätzlich denkt und was sie lehrt

Was erfahren wir in der Frage nach einem guten Leben („soziale Wohlfahrt“) sowohl über die als auch von der Ökonomik (Volkswirtschaftslehre)?

2.1 Das Individuum als heikler Punkt in der ökonomischen Analyse

*im Mittelpunkt
der Mensch als
Individuum*

Im Mittelpunkt steht der Mensch – aber als Individuum. Das hängt grundsätzlich mit dem Forschungsinteresse am Wirtschaftlichen zusammen. Was können wir im Hinblick aufs Wirtschaften dem Menschen grundsätzlich unterstellen? Er oder sie will ein bestimmtes Ziel mit dem geringen Aufwand erreichen, bzw. er oder sie will aus dem betriebenen Aufwand das Beste für sich herausholen. Das bedeutet, ökonomisch rational zu handeln. Und wenn er oder sie gefragt wird, ob es von den Annehmlichkeiten, die einem durch gekaufte Güter oder die Umgebung erwachsen, mehr sein darf – mehr vom Gleichen oder etwas Neues dazu –, dann wird der Mensch sich im Allgemeinen für das Mehr entscheiden. All das ist etwas einleuchtend Menschliches, von dem wir aus ökonomischer Sicht ausgehen können.

*homo oeconomicus
auch in ...*

Mit dieser Vorstellung vom wirtschaftenden Menschen (und jeder/ jede wirtschaftet) ist der Verhaltenstyp des *homo oeconomicus*, des

ökonomisch rational agierenden Menschen, gemeint („geboren“ bereits vor etwa 150 Jahren). Seither prägt diese individualistische Sicht die Analytik der Ökonom_innen – nicht nur auf einzelwirtschaftlicher Ebene (Mikroökonomik), sondern auch auf kollektiver Ebene (Makroökonomik), sei doch die Gesamtwirtschaft die Summe aus wirtschaftenden Individuen und deren Wirtschaftsergebnissen. Wir kennen in der Makroökonomik die *agent-based models*, das sind Modelle (also nichts anderes als exakt strukturierte Denkweisen) von der Gesamtwirtschaft, die auf Vorstellungen über das Verhalten des Individuums beruhen, – und die gibt es selbst in der mainstream-kritischen (heterodoxen) Volkswirtschaftslehre (z. B. Di Guilmi 2017). Diese *representative agents* (die für das jeweilige Modell repräsentativen, ja identischen Wirtschaftsteilnehmer_innen) haben allesamt ein Zielsystem, das ihren Neigungen („Präferenzen“) entspricht, die sie annahmegemäß, siehe oben, ökonomisch rational verfolgen: Sie maximieren ihren Nutzen bzw. Gewinn unter den Einschränkungen der Mittelknappheit.

... gesamtwirtschaftlichen Modellen

Eine solche, eben diese „orthodoxe“ Analysemethodik unterliegt immer schon der Kritik durch heterodoxe Ökonom_innen (z.B. Truger 1998), doch die Orthodoxie (der Mainstream in der wirtschaftswissenschaftlichen Meinung) blieb unangefochten – und das doch mit einiger Berechtigung. Denn die Kritik, ein *homo oeconomicus* könne als reiner Kopfmensch, nur ökonomisch Denkender und noch dazu völliger Egoist kein Abbild irgendeines real existierenden Menschen sein, tut der orthodoxen Ökonomik unrecht. Warum? Ohne ein gewisses Modell im Kopf kann niemand von uns über die Realität nachdenken; dazu ist sie zu komplex. Und Modellbildung (Nachdenken) funktioniert ohne Vereinfachung (ohne „Abstraktion von der Realität“) nicht. Daher ist der *homo oeconomicus* kein Abbild vom real existierenden Menschen, sondern ein grundlegender Verhaltenstypus, den wir beim modellhaften Nachdenken über ökonomische Situationen unterstellen können.

homo oeconomicus ist kein realer Mensch, sondern ein Verhaltenstypus

Der *homo oeconomicus* kann zwar im Extrem ein lupenreiner Egoist sein, muss es aber gar nicht oder zumindest nicht zur Gänze sein. Seine oder ihre individuelle Maximierung, seine Entscheidungs- und Verhaltensoptimierung, gilt ja seinen bzw. ihren Zielsetzungen: Was

homo oeconomicus muss nicht egoistisch sein

er oder sie erreichen will, soll optimal erreicht werden; die Ziele können dabei egoistisch (d.h. nur mir nützend) und/oder altruistisch (d. h. anderen dienend) sein. Er oder sie kann sozial rücksichtslos agieren (Egoismus), aber etwa auch die Sozialleistungen oder Entwicklungszusammenarbeit ökonomisch optimieren (effizienter Altruismus). Diese Doppelgleisigkeit gilt sowohl für das Individualverhalten (er oder sie entscheidet für sich selbst) als auch für das Organverhalten: als politische Mandatar_innen oder Verwaltungspersonal oder Manager_innen, nämlich mit Zielen, die im Interesse der Gemeinschaft liegen (sollen), aber nicht unbedingt die eigenen sind. Ökonomische Rationalität herrsche eben auf jeder Ebene – der individuellen wie der kollektiven –, wie dies die orthodoxe Ökonomik unterstellt (Bartel 2016).

2.2 Analytisch saubere Betrachtung des Individuums als homo oeconomicus soll einseitiges Denken, Fehlschlüsse und Missbräuche verhindern

die Lehre muss präzise formulieren

Freilich ist die notwendige Unterscheidung zwischen dem Zielsystem (egoistisch oder altruistisch) einerseits und der Zielerreichungsmethodik (ökonomisch rational) andererseits zumindest auf den ersten Blick nicht offensichtlich und sollte daher in der Lehre hervorgehoben und verdeutlicht werden. Gerade den einführenden Lehrbüchern wird eine prägende Bedeutung für das weitere Studium und berufliche Wirken der späteren Wirtschaftsakademiker_innen zugeschrieben (Bäuerle 2017). Und gerade in einführenden und gar mittelstufigen Lehrbüchern wird, der Einfachheit halber, oft nicht sauber argumentiert (Bartel 2020). Dies, zusammen mit dem Umstand, dass Studierende der Ökonomik sich signifikant von anderen Studierenden und besonders von der Gesamtbevölkerung unterscheiden, nicht nur, was ihre Vorliebe für ökonomische Effizienz, sondern auch ihre weniger soziale Einstellung betrifft (Cappelen u. a. 2015), kann immerhin dazu führen, dass Ökonomik in Wissenschaft und Praxis (ökonomischer Politikberatung) über Gebühr individualistisch betrieben wird. Mittlerweile wenden sich längst Studierende in vielen Teilen der Welt dagegen und verlangen mehr Offenheit und breitere Sicht (vgl. z. B. Engartner/Schweitzer-Krah 2019), was wissenschaftstheoretisch durchaus legitim erscheint. Doch der zu einseitige Mainstream hält stark seine Position – selbst nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise (ab 2007 bzw. 2009).

Das ist ein historisch ererbtes Problem, da schon seit der ökonomischen Klassik des späten 18., frühen 19. Jahrhunderts (speziell seit dem „Utilitarismus“ eines Jeremy Bentham) die Vorstellungen verbunden werden, dass eben aufgrund der individuellen Optimierung erstens ein möglichst freies Marktwirtschaftssystem zu ökonomisch-sozialer Harmonie führe und dass zweitens in Politik und Verwaltung egoistische, unfähige und korrupte Funktionsträger_innen vorzufinden seien (Mueller 1989). Eine derartig überzogene Individualisierung der Wirtschaftswissenschaft, noch dazu mit vereinzelter Wissenschaftler_innen, die sich für die Außenwirkung der von ihnen erzielten Ergebnisse weder ethisch noch politisch verantwortlich fühlen, kann auf Politiker_innen oder Administrator_innen treffen, die bloß danach Ausschau halten, welche wirtschaftswissenschaftlichen Ergebnisse – oder gar nur zugespitzten Folgerungen daraus – in ihre rein ideologische (d. h. nicht faktenbasierte, sondern populistische) Parteistrategie passen.

*individuelle
Optimierung,
Harmoniedenken
und Staatsskepsis*

Diese Mischung ist insofern doppelt fatal, als sich daraus erstens post-faktische, populistische Politik ergeben kann, deren Proponent_innen zweitens kommunizieren, es gäbe keine vernünftige Alternative zu einem Gesamtsystem, wo sich die Gesellschaft mit all ihren Individuen dem Wirtschaftssystem unterzuordnen hätte. Wenn die Menschen die Botschaft der Alternativlosigkeit oft genug hören, beginnen sie, diese Botschaft zu glauben, sie zu „internalisieren“, also sich zu eigen zu machen. Nach Michel Foucault entsteht eine „Selbstherrschaft“, wo sich die Menschen in ihrem Denken und Tun wie von selbst den Mächtigen unterwerfen (Fisch 2011), selbst wenn die Heilsverheißungen der Populist_innen nicht und nicht eintreten wollen. Als Hauptsache erscheint, dass man wieder wahr- und ernstgenommen wird, dass man der populistischen Bewegung angehören darf (gleichsam: man ist schließlich doch noch jemand) und deswegen einen gewissen sozialen Status wiedererlangen oder bewahren kann. Mit dabei zu sein, dient als vermeintlicher Schutz gegen schnelles soziales Abrutschen. Selbstbewusstsein und Selbstsicherheit steigen wieder, aber ohne eine wirtschaftliche Basis dafür.

Fatalität

Menschen neigen dazu, „Karaoke“ zu singen, wie es Ridderstråle/Nordström (2004) formulierten: Emotional (aus dem Bauch heraus) selektieren sie aus dem, was sie hören und lesen, dasjenige, was ihrem Gefühl des Unverdient-zu-kurz-gekommen-Seins entspricht, und machen sich das vermeintlich Vernünftige zu eigen. An diesem Punkt werden sie von Populist_innen „abgeholt“.

Populismus

2.3 Die Problematik des ökonomischen Hausverstands und die Mission der Wirtschaftswissenschaft und -politik

*Hausverstand
kann ökonomisch
problematisch sein*

Selbst wenn man der Verlockung des Populismus und der Vereinnahmung durch ihn widersteht und sich eine eigene Meinung leistet, besteht ein Grundproblem: Jeder und jede ist Experte und Expertin für Wirtschaft und daher auch für Politik. Diese meist individualistische, unsolidarische Auffassung scheint dem „gesunden Menschenverstand“ zu entspringen, den schon Friedrich Engels kritisierte. Doch die Menschen nehmen ihren wirtschaftlichen Alltag eben individualistisch verzerrt wahr; die Volkswirtschaft arbeite wie eine Firma, der Staat funktioniere wie ein Privathaushalt (Bartel 2000). Da setzen die Verantwortung und die Mission der Ökonomik ein.

„Ökonomik, im Gegensatz etwa zur Physik, zieht gern Glauben und Meinen an, die von Nicht-Spezialist_innen mit so viel Sicherheit gehalten werden wie von Expert_innen in der Disziplin. Dennoch ist Ökonomik nicht nur Hausverstand. Nein, es gibt Fakten – die oft erstaunen und konterintuitiv [gegen die landläufige Auffassung; Anm.] sind –, die nur durch die speziellen Fähigkeiten der Ökonom_innen bestimmt werden können. Freilich gibt es Dinge, welche Ökonom_innen nicht wissen. Aber Ökonom_innen können voll Vertrauen zu dem sein, was sie zu wissen glauben, selbst, wenn das von großen Teilen der Bevölkerung, geschweige denn von Spitzenpolitiker_innen und Trägern der Wirtschaftspolitik, nicht geglaubt wird“ (Budd 2004, o. S.).

*Kommunikation
des Richtigen ist
zu zauderhaft*

Ökonomik hat eben nicht nur mit wirtschaftlichem Hausverstand zu tun, denn das Anspruchsvolle an der Ökonomik ist nicht selbst-erklärend. Die Kommunikation des Richtigen ist eine Aufgabe von Wissenschaft, Bildung und Politik. Doch diese zaudern, lassen die wirtschaftlich-sozialen Rahmenbedingungen im Wesentlichen unverändert. Und die Auswirkungen davon schmerzen viele Menschen, lassen ihr Vertrauen in Wirtschaftswissenschaft und -politik schmelzen und neigen einem extremen Individualismus zu. Hinzu tritt der Leistungswettbewerb mit seinen sozialen Folgen.

*Leistungsgesellschaft und die
Probleme der ...*

In einer Leistungsgesellschaft wie der unseren definiert man sich hauptsächlich über Leistung. Doch bekommen (zu) viele ihre gerechten Chancen nicht, können sie – trotz Bemühens – nicht wahrnehmen,

und dies gerade in einer Ära steigender Leistungsanforderungen, Bildungs- und Integrationserfordernisse (Eichmann u. a. 2019). Auf der einen Seite ist ökonomischer Misserfolg eine Schande, wird er doch gesellschaftlich geächtet („selber schuld, hilf dir selber!“); die Mächtigen der Gesellschaft herrschen also letztlich mit dem Prinzip Schande. In der Folge werden die tendenziell knausrigeren Sozialleistungen nicht einmal voll ausgeschöpft, selbst wenn ein gesetzlicher Anspruch darauf besteht, wie längst mehrere Studien aufzeigen (z. B. Fuchs u. a. 2019).

... Chancengleichheit und sozialen Schande

Auf der anderen Seite ist ökonomischer Erfolg oft deshalb nicht mehr nachvollziehbar, weil außergewöhnlich hohe Einkommen und Vermögen nicht mehr auf individuelle Leistung zurückgeführt werden können. So gerät das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit in seiner Umsetzung in berechtigten Zweifel und Systemverdrossenheit macht sich breit.

Wo ist die Leistung?

2.4 Ökonomische Argumente wider den extremen Individualismus und für eine stärker gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik

Immerhin gibt es in der Ökonomik einige Ansätze, die der Individualisierung entgegengehalten werden und – im Weg eines wissenschaftlichen Anspruchs an die Politik – in Richtung einer gesellschaftlichen Solidarisierung wirken können.

wider die Individualisierung

2.4.1 Wirtschafts-, Sozial- und Umweltordnung

Zwar betonen Marktwirtschaftler_innen in den meisten Fällen zurecht die fundamentale Bedeutung einer gesetzlichen Wirtschaftsordnung für das Funktionieren der Märkte (Wettbewerbs-, Produkt- und Produktionsvorschriften). Doch die größere und entscheidende Frage ist, wie generell-abstrakt (alibihaft) oder individuell-konkret (effektiv) die Spielregeln für das Marktverhalten der Individuen gefasst werden. So kommt bei der Sozialen Marktwirtschaft noch eine Sozialordnung dazu, doch diese ist erfahrungsgemäß stets schwächer verankert, dominiert doch auch hier die Auffassung vom Vorrang der Wirtschaft vor dem Sozialen. Alternativen, ob denn Wirtschaft und Soziales nicht insgesamt besser kombiniert werden könnten, werden nicht ernsthaft gesucht und geprüft. Ähnlich wie dem Sozialen ergeht es dem Ökologischen in der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Ordnung der Wirtschaft und des Sozialen

2.4.2 Das Problem des funktionsfähigen Wettbewerbs

Wettbewerb ist wichtig, aber ...

Es sind letztlich Individuen, die den Wettbewerb tragen und somit seine wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse zeitigen. Wettbewerb spielt in Marktwirtschaften allerdings eine entscheidende Rolle für ökonomisch effiziente Marktergebnisse; Märkte müssen daher so funktionieren oder geregelt sein, dass sie ihre Funktionen grundlegend, wenn auch im Endergebnis immer noch korrekturbedürftig, erfüllen können: die Allokationsfunktion (welche Ressourcen in welchem Ausmaß in welchen Produktionen eingesetzt werden) und die Verteilungsfunktion (wer aufgrund seiner oder ihrer persönlichen Präferenzen und Kaufkraft sowie angesichts der Marktpreise wie viel von welchen Gütern bekommt).

... Wettbewerb ist auch problematisch

Doch erstens garantiert sich Wettbewerb nicht von selbst (das sagt – im Gegensatz zum Neoliberalismus – auch der Ordoliberalismus), und zweitens ist Wettbewerb nicht gleich Wettbewerb. Was ist damit gemeint? Erforderlich und erwünscht ist Wettbewerb auf dem Markt, wo sich Gewinner_innen und Verlierer_innen von Einzelfall zu Einzelfall abwechseln und dadurch das Entstehen von „nicht mehr herausforderbarer“ Marktmacht verhindern: Wettbewerb dient als ein Mechanismus gegen Marktmachtentstehung. Hingegen tendiert Wettbewerb unter den Bedingungen unserer Zeit (Technisierung, F&E-Intensität, Unternehmungskonzentrationstendenz, hohe „versunkene Kosten“ bei Fehlinvestitionen) eher zu einem Wettbewerb um den Markt. Dabei scheiden die Unterlegenen aus und haben wenig Chance, erfolgreich wieder in den Markt einzutreten und die Machtposition der Überlegenen zu „bestreiten“: Wettbewerb ist hier ein Mittel zum Machtausbau und zur Wettbewerbseinschränkung. So wichtig Wettbewerb ist, so sehr kann er sich selbst untergraben. Das schränkt die Möglichkeiten der Wettbewerbsverlierer_innen merklich ein und die soziale Wohlfahrt leidet darunter. Industrie- und Wettbewerbspolitik sind daher zurecht als wesentliche Grundlagen jedes marktwirtschaftlichen Systems erkannt worden.

2.4.3 Mikroökonomische Externalitäten und ihre staatliche Internalisierung

Selbst wenn oder gerade wenn der Wettbewerb bestmöglich funktioniert, kann das Problem der externen Effekte (direkte Auswirkungen

wirtschaftlicher Handlungen auf Basis von Verträgen zwischen je zwei oder mehreren Wirtschaftspartner_innen auf den Nutzen und/oder Gewinn unbeteiligter Dritter) vom Markt selbst nicht gelöst werden, d. h.: eben nicht durch Verhandlungen der Geschädigten mit den Schädigenden (z. B. entschädigen Umweltverschmutzer_innen Umweltgeschädigte nicht) bzw. nicht durch Verhandlungen der Begünstigten mit den von ihnen unwillkürlich Begünstigten (Tourismusunternehmen belohnen Landschaftspfleger_innen nicht). In vielen Fällen könnte, bildlich gesprochen, der Runde Tisch für solche Verhandlungen nicht groß genug sein bzw. würde er zu groß sein, um Kommunikation überhaupt zu ermöglichen (in beiden Fällen existieren zu hohe „Transaktionskosten“). Daher werden – bei hinreichend hohen Transaktionskosten (und das ist im „*large-number case*“ der Fall) – externe Effekte vom Markt nicht „internalisiert“. D. h., externe Kosten werden nicht verursachungsgerecht angelastet, externe Nutzen nicht verursachungsgerecht entgolten – im Gegensatz zum berühmten Werk von Ronald Coase (1960), der von geringen Transaktionskosten ausging. Daher drängen sich kollektive statt individueller Lösungen für das Internalisierungsproblem auf.

*externe Effekte
verlangen
nach staatlicher
Internalisierung*

Externe Effekte sind der zentrale Erklärungsansatz für die Umweltproblematik (einerseits die externen Kosten der Umweltschädigung, andererseits der externe Nutzen der Umweltverbesserung). Ist der Wettbewerb stark genug, können es sich die Schädigenden nicht leisten zu entschädigen und die Begünstigten können die Begünstigten_innen nicht entlohnen. Selbst wenn Letzteres möglich wäre, könnten die Begünstigten (bspw. die durch Aufforstung gegen Lawinen und Muren gesicherten Tourismusbetriebe) individuell strategisch schlau vorgeben, sie bräuchten und wollten diesen externen Nutzen, den sie empfangen, gar nicht und würden daher finanziell auch nichts zu dessen Herstellung beitragen („Freifahrer-/Trittbrettfahrer-/Schwarzfahrer-Verhalten“). Kollektiv ist dieses individuell rationale Verhalten nicht optimal, weil dann z. B. weniger aufgeforstet wird und mehr Muren- und Lawinenschäden entstehen (Bartel 1994). Die Umweltökonomik hat längst ihren Beitrag zur Problemlösung geleistet, nur die Politik ist noch in Verzug, wird aber ihre Versäumnisse nicht unbegrenzt hinausschieben können, wenn das Kippen des Systems wahrscheinlicher und deshalb der gesellschaftliche Druck zu effektivem Umweltschutz größer wird. Allerdings muss die Bevölkerung noch lernen: Umweltschutz ist nicht gratis.

*externe Effekte
und das
Versagen von
Marktlösungen*

2.4.4 Makroökonomische Externalitäten und staatliche Krisenbekämpfung

Wirtschaftskrise

Es gibt nicht nur mikroökonomische (wie bisher betrachtet), sondern auch makroökonomische Externalitäten. Wenn eine Wirtschaftskrise aufzieht, ist es individuell rational, mehr zu sparen (weniger zu konsumieren), damit ich bei nun wahrscheinlicher werdender Arbeitslosigkeit ggf. neben dem Arbeitslosengeld auf ein höheres Finanzvermögen zurückgreifen kann, als wenn ich jetzt nicht mehr sparen würde als zuvor. Das schwächt die Güter- und Arbeitsnachfrage und verschärft die Krise. Würden angesichts der dräuenden Krise die Haushalte mehr konsumieren statt mehr zu sparen und die Unternehmen mehr statt weniger investieren, würde sich die Wirtschaft selber aus der Krise ziehen (bildlich wie Münchhausen an seinem Zopf). Doch das Schwarzfahren dominiert (siehe 2.4.3), weil alle ihr individuelles Risiko minimieren statt des gemeinsamen („kollektiven“) Risikos, da sich keines der Individuen des „kooperativen“ Verhaltens der jeweils anderen sicher sein kann. Auch hier versagt die Koordination durch den Markt und ruft nach staatlicher Nachfragepolitik in Form expansiver Budgetpolitik und sie unterstützender Zentralbankpolitik. Zumindest in schweren Krisen vertreten dies selbst konservative und liberale Ökonom_innen und Politiker_innen in den Jahren 2009 und 2020.

*Krise,
Budgetdefizite und
Budgetsanierung*

Doch wenn die Priorität in der Wirtschaftspolitik meist (d. h. bis auf besonders starke Krisenphasen wie 2009) auf nahezu ausgeglichenen Budgets liegt statt auf einer Nachfrage, die stark genug ist, um die Krise noch zu vermeiden oder rasch zu überwinden, handelt man sich sowohl eine schwerere Krise ein, als es sein müsste, als auch ein Budgetdefizit, das nun entsteht, weil krisenbedingt die Einnahmen einbrechen und die Sozial- und Förderausgaben ansteigen, statt dass mit einem rechtzeitigen Budgetdefizit die Krise vermieden und der kollektive Wohlstand gewahrt worden wäre (zur aktuellen Lage vgl. Heimberger 2020). Auf dem G20-Gipfel Anfang 2009 war es US-Präsident Obama zu danken, dass es gelang, Schwarzfahren – individualistische Wirtschaftspolitik – zu vermeiden und die großen Industriestaaten zu überzeugen, ihre Staatsausgaben angesichts der Wirtschaftskrise koordiniert zu erhöhen (allerdings wurde die nachfolgende Budgetsanierung zu früh begonnen). Daher war und ist es nicht ehrlich, die darauffolgenden Budgetdefizite (Staatsschuldenerhöhungen)

mit Verschwendungssucht gleichzusetzen und eine Staatsschuldenkrise herbeizureden oder aufzubauschen. Denn die Staaten haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt; vielmehr haben ihre Volkswirtschaften – bedingt durch die Krise, die zu zögerlich und zu kurz bekämpft worden war – unter ihren Verhältnissen gelebt: Einkommen und Beschäftigung waren niedriger als nötig.

Verstärkt herrscht aber nun wiederum (oder immer noch?) in einflussreichen Kreisen die Auffassung, dass Märkte mit völlig flexiblen Preisen die Wirtschaft nach Schocks rasch und völlig stabilisieren und eine große Krise vermeiden könnten (Stichwort „Resilienz“: Widerstandsfähigkeit), etwa in Zentralbank- und Wirtschaftsvertretungskreisen (OeNB/WKO 2018). Eine solche Auffassung macht fortschreitende Deregulierung des Arbeitsmarktes und maximale Flexibilisierung der Preisbildung – nach dem (unerreichbaren) Vorbild einer Börse – zum Hauptinstrument der Krisenvermeidung und -bekämpfung: ein Fehler, der schon zu Zeiten der historischen Weltwirtschaftskrise (von ihrem Ausbruch 1929 bis zu Präsident Roosevelts New Deal Program) gemacht wurde, insbesondere in der wirtschaftsliberalen Universitätshochburg Chicago, mit kontraproduktiven Auswirkungen auf die praktische Wirtschaftspolitik, die Wirtschaft und die Menschen, wie der Ökonom und Nobelpreisträger von 1970, Paul Samuelson, schildert:

„In den Volkswirtschaftsklassen von Chicago kamen die Märkte immer ins Gleichgewicht. Dennoch wussten einige Studierende und Lehrende, dass sie den theoretischen Glaubenssatz mit dem sie umgebenden Elend der Depression vereinbaren mussten“ (Samuelson 1985, S. 4, eigene Übersetzung).

Eine moderne, wahrlich makroökonomische Theorie zur glaubhaften Erklärung gesamtwirtschaftlicher Krisen lieferte John Maynard Keynes leider erst Anfang 1936. Auch Charles P. Kindleberger, Fed- und MIT-Ökonom und, wie Keynes, Zeitzeuge der Weltwirtschaftskrise, wurde auch Spezialist für sie. Er meinte, der orthodoxe Analyseansatz mit seiner – individualistischen – Einzelmarktorientierung (Nutzen- und Gewinnmaximierer_innen bringen jeden einzelnen Markt sofort wieder ins optimale Gleichgewicht) wäre für Erklärung und Bekämpfung gesamtwirtschaftlicher Krisen ungeeignet (Kindleberger 1973).

Krisen sind durch neoliberale Wirtschaftspolitik weder zu vermeiden noch zu überwinden

moderne Makroökonomik ist kein individualistischer Ansatz

*Keynesianismus
versus Resilienz*

Umso mehr verwundert, dass keynesianische Theorien selbst nach der jüngsten Krise noch nicht wieder fußfassen konnten, wogegen das Streben nach Resilienz platzgreife. Resilienz verlange allen Leistungsträger_innen etwas ab – den Abschied von Gewohntem, Stabilem, Beschaulichem –, aber bringe viel Arbeit und Flexibilität (als individuelles Leistungsmerkmal begrifflich positiv besetzt), niedrige Abgaben (ohne Blick auf die staatlichen Leistungen ebenfalls positiv besetzt), niedrige Preise, keine hohen Schuldenlasten für unsere Kinder und Kindeskinde und keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit mehr: So wird es kommuniziert. Die Unflexiblen, Leistungsverweigerer und Sozialschmarotzer würden unsere Solidarität nicht verdienen. Nur wer mitmacht, gehört zu uns und hat unsere Wertschätzung.

2.4.5 Wahrnehmung der Staatsfunktionen und erforderliche Finanzkraft

Staatsfunktionen

Grundsätzlich besteht zwar Einigkeit in Wissenschaft und Politik, dass der Staat bestimmte Funktionen zu erfüllen hat (Musgrave 1959): Allokation (Wettbewerb, Bildung, Gesundheit, Ver- und Entsorgung, Nachhaltigkeit, Schutzbestimmungen u. v. a. m.), Distribution (Umverteilung), Stabilisierung (Krisenbekämpfung) und – als von den anderen Aufgaben abgeleitete, d. h. nachrangige Aufgabe – die Finanzierung. Im Detail gibt es allerdings große Auffassungsunterschiede, was das Ausmaß der jeweiligen Aufgabenerfüllung betrifft, wie wir uns hinsichtlich des oben in 4.2. Gesagten gut vorstellen mögen. Bleibt noch die Finanzierungsaufgabe anzusprechen, denn Wirtschaftspolitik kann nicht aus staatlicher Mittellosigkeit erwachsen, sondern ist oft ausgabenintensiv.

*Steuern zu hoch
oder zu niedrig?*

Im Hinblick auf das enge budgetpolitische Korsett, das die EU den nationalen Budgets ihrer Mitgliedstaaten bis jüngst auferlegt hat (Heimberger 2020), erhebt sich – trotz der wiederholten Rhetorik von immer wieder zu senkenden Steuern und Beiträgen – die Frage, ob nicht die staatlichen Einnahmen zu gering sind, um einen Wohlfahrtsstaat zu finanzieren, von dem alle profitieren (ja: selbst die Nettozahler_innen). Sind die Abgaben nicht zu gering, um ein konjunkturbereinigt ausgeglichenes Budget (wenn man es schon unbedingt will) zu ermöglichen, zu gering, um eine wesentliche Umverteilung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip der Besteuerung zu erzielen, zu gering, um die für eine fortschrittliche Entwicklung von

Wirtschaft und Gesellschaft förderliche Umverteilung zu erreichen?
Scheitert speziell die stärkere Besteuerung von Umweltverbrauch
an der Bedingung, die Steuern nicht zu erhöhen?

3. Solidarisierung

Individualismus im Kollektiv Freier, Gleichgesinnter und Erfolgreicher einerseits und andererseits der Populismus, der Zu-kurz-Gekommenen eine emotionale, zuweilen außerdemokratische, ja vereinzelt sogar revolutionäre Heimat bietet, stehen nicht nur einander gegenüber, sondern auch den Verfechter_innen einer populären, solidarischen, aber eben nicht populistischen Wirtschaftspolitik.

3.1 Populäre gegen populistische Wirtschaftspolitik

Populäre Wirtschaftspolitik ist in dem Sinn solidarisch, dass sie das große Ganze mit all seinen Problemen im Auge hat und dabei auf niemanden vergisst. Sie zielt auf das Wohl des Volkes („*populus*“) ab, nicht zuletzt jener breiten Bevölkerung, deren Probleme oft im Jubel über das Gesamteinkommen und dessen Wachstum sowie über das Durchschnittseinkommen und dessen Wachstum untergehen (Bartel u. a. 2006).

*populäre
Wirtschaftspolitik
ist solidarisch*

So beherzigt populäre Wirtschaftspolitik erstens einen zutiefst solidarischen Grundsatz, der sich aus dem Hauptwerk des Philosophen John Rawls aus 1971 ableiten lässt (aber zugänglicher ist Rawls 1995): Präge Politikmaßnahmen so aus, dass sie den Schwächsten am meisten zugutekommen! Hiermit ist ein Verteilungsgrundsatz angesprochen.

*Grundsätze
populärer
Wirtschaftspolitik*

Zweitens folgt populäre Wirtschaftspolitik dem Grundsatz, den John Hicks (1939) und Nicholas Kaldor (1939) aufgestellt haben: Wirtschaftspolitik ist so lange gerechtfertigt und angezeigt, als die sozialen Wohlfahrtszuwächse, die sie erzielt, groß genug sind, um daraus diejenigen, die durch die jeweiligen wirtschaftspolitischen Maßnahmen schlechter gestellt worden sind (etwa Arbeitslose infolge von Strukturreformen), vollständig zu entschädigen – und damit zu entstigmatisieren –, und dass danach auch noch ein Teil der sozialen Wohlfahrtszuwächse übrig ist, damit auch die anderen, die nicht Benachteiligten, ebenfalls vom wirtschaftlich-sozialen Fortschritt profitieren. Damit ist ein Niveaugrundsatz angesprochen, nämlich welche und wie viel Wirtschaftspolitik optimal ist.

*den Wohlfahrts-
staat erhalten*

Das bedeutet, den Wohlfahrtsstaat nicht zum reinen Sozialversicherungsstaat oder gar zum bloßen Sozialhilfestaat rückzubauen, sondern zu gewährleisten, dass auch die wirtschaftlich Bessergestellten aus der Umverteilung absoluten Nutzen ziehen können – wenn auch nicht relativen (weil es ja bei Umverteilung Nettozahler_innen geben muss und das die steuerlich Leistungsfähigeren sein sollen).

3.2 Voraussetzungen für eine populäre/solidarische Wirtschaftspolitik

Welche Erkenntnisse der Ökonomik können Hoffnung geben auf eine populäre, durch Solidarität gekennzeichnete Wirtschaftspolitik?

3.2.1 Positive bzw. verzerrte Präferenzen der Individuen und eine Wirtschaftspolitik auf der Meta-Ebene

*positive
Zeitpräferenz und
Populismus*

Populäre Wirtschaftspolitik wird gern mit den Schlagwortkeulen „Kollektivismus“ oder gar Kommunismus“ abgetan, zumal diese Schlagworte mit den Schattenseiten zentraler Planwirtschaft und mit politischer Diktatur verbunden werden und daher negativ besetzt sind. Währenddessen wird Populismus viel weniger mit illiberaler Demokratie und schleichend fortschreitender Aushöhlung der Demokratie in Verbindung gebracht. Obwohl Populismus wirtschaftlichen und politischen Schaden erzeugt, der sich tendenziell selbst verfestigt (siehe 1.1), wiegen dem Menschen die Vorteile der Gegenwart und näheren, absehbareren Zukunft schwerer als die weiter in der Zukunft liegenden und sohin nebulöseren Nachteile. Die Ökonomik sagt dazu nicht nur, die Menschen hätten eine „positive Zeitpräferenz“, sondern sie meint auch, die Menschen hätten „zeitlich verzerrte Präferenzen“: Im Nachhinein ist man gescheiter, und wenn man die schlechte Erfahrung schon früher gemacht hätte, wären die Entscheidungen anders ausgefallen.

*Politik auf
Meta-Ebene*

Daher braucht es eine Politik, die nicht auf der Basis persönlicher Gefühle und individueller Interessen betrieben wird, sondern auf einer übergeordneten Ebene („Meta-Ebene“) angesiedelt ist, wo kühl und rational auf der Basis von Fakten und orientiert an gesamtgesellschaftlichen Erwägungen entschieden wird. Dazu müssen die politischen Entscheidungsträger_innen möglichst frei von eigenen Interessen (Individual-, Gruppen- und rein dogmatisch-ideologischen Interessen) abwägen und entscheiden können

(ein auffälliges Gegenbeispiel wäre etwa Donald Trump). Wie sind also Solidarität und politische Kooperation möglich?

3.2.2 Beeinflussbare Präferenzen, Gelehrsamkeit, Freiheit und Solidarisierung

Solidarität ist am ehesten als Hilfe von Stärkeren (Personen, Institutionen) an Schwächere aufzufassen – und hat demnach untrennbar mit Altruismus zu tun. Ökonomisch gesehen ist Solidarität eine Übertragung von Ressourcen (v. a. meine Arbeitskraft) und Einkommen an andere Menschen, zu denen ich keine familiären oder freundschaftlichen Beziehungen hege.

Solidarität und Altruismus

Altruismus bzw. Solidarität können „intrinsisch“ sein; d. h., sie stellen dann einen Wert an sich dar und brauchen nicht irgendwie begründet zu werden (in unserem Fall ökonomisch). Doch kommt auch hier ökonomisches Wissen ins Spiel: Präferenzen (Vorlieben) sind nicht starr, sondern beeinflussbar, und zwar durch Werbung, politische „Seelenmassage“, Manipulation auf der Grundlage von Wissensvorsprüngen der Manipulierenden bzw. Wissensdefiziten der Manipulierten, durch Bildung und durch soziales Lernen: Normen, selbst in Gestalt bestimmter Werthaltungen (was das Über-Ich sagt, dass man tut oder nicht tut) sind wichtige wirtschaftliche und soziale „Institutionen“, die sich im Lauf der Zeit ändern können. Wir sprechen daher von endogenen oder „adaptiven Präferenzen“ (von Weizsäcker 2011).

Solidarität lernen

So könnten Gesellschaft im Allgemeinen und Bildung im Speziellen etwa die Auffassung vermitteln, dass der ökonomisch-inhaltliche, soziale Freiheitsbegriff (jemand ist in der Lage zu wählen und insofern frei zu entscheiden) die bessere Norm sei als der rein formale, individualistische Begriffsinhalt von Freiheit (frei ist jemand, der oder die vom Staat in seinem Verhalten kaum eingeschränkt wird). Der inhaltlich-ökonomische Freiheitsbegriff – Freiheit zu etwas und nicht Freiheit von etwas – begründet schließlich auch eine Norm der Verteilungsfairness, gesehen als die Einräumung von gerechten (gleichen?) Chancen auf ein gutes Leben, als eine Art Mindestanspruchsniveau, eventuell normiert durch ein „kulturelles Existenzminimum“, das die Gesellschaft jedem und jeder zugesteht (die weiterführende Frage ist dann, ob und welche Bedingungen daran geknüpft werden). Solidarische Umverteilung trägt also zur Gewährleistung von Freiheit im ökonomisch-inhaltlichen Sinn bei.

Freiheit ist nicht gleich Freiheit

Gelehrsamkeit und Grundeinstellung zu Staat, Sozialpartnerschaft und Zivilgesellschaft

Aus der „Dozilität“ (Gelehrsamkeit) der Menschen, was Normen betrifft, ergibt sich auch, dass die Grundeinstellung der Individuen zum Staat, zu Interessenvertretungen, zur Sozialpartnerschaft und Zivilgesellschaft eine gesellschaftlich förderlichere werden kann (nicht mehr bloß „Staat, lass nach!“, „pressure groups“, „Nebenregierung“ bzw. „Gutmenschen“). Das ist nur zu erreichen, wenn überprüfbare und überprüfte Fakten aufgezeigt und Zusammenhänge nachvollziehbar erklärt und breit kommuniziert werden und wenn die den Staat und die Gesellschaft tragenden Institutionen in ihrem Verhalten nicht selbst egoistisch oder korrupt agieren (ein Negativbeispiel für Gruppeninteressen, Taktieren und Verhindern wären die bereits unzähligen, aber ergebnisschwachen Verhandlungen der Gebietskörperschaften über den Finanzausgleich). Es ist entscheidend, der Öffentlichkeit die schon zur Selbstverständlichkeit gewordenen staatlichen Leistungen überhaupt erst wieder bewusst zu machen (Corona) und sowohl ein Einsehen für die erforderliche Finanzierung zu erreichen als auch die ökonomische und soziale Vernunft der Umverteilungsstruktur verständlich zu machen.

3.2.3 Ökonomisch erklärbare Präferenzen, soziale Intelligenz und Solidarisierung

*ökonomisch
erklärbarer
Altruismus*

Jedenfalls ist die Ökonomik als angewandte Wissenschaftsdisziplin zuständig, wenn Altruismus extrinsisch ist, also durch äußere, eben ökonomische Bestimmungsfaktoren erklärt werden kann. Der erste Erklärungsansatz nennt sich „erwartete Reziprozität“; er besagt, dass sich sogar Menschen vom Verhaltenstypus eines homo oeconomicus auch altruistisch verhalten, weil sie selbst einmal in die Lage geraten könnten, solidarisch unterstützt zu werden, und sie diese Unterstützung umso wahrscheinlicher erhalten, wenn sie sich vorher selbst altruistisch verhalten. Den zweiten Erklärungsansatz kann man „erwarteter Systemnutzen“ nennen; damit ist gemeint, dass ein homo oeconomicus nicht nur ökonomisch rational, sondern auch „sozial intelligent“ handelt (Illouz 2009 bezieht sich mit dieser ihrer modernen Interpretation auf das alte Gedankengut eines Adam Smith). Der homo oeconomicus zeigt auch Altruismus; er übt Solidarität, damit das Produktionsergebnis der Volkswirt-

schaft maximiert wird. Durch diesen Niveaueffekt steigen auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Erfolge dieses altruistischen Egoisten (Bartel 2016).

Zur sozialen Intelligenz mag speziell auch zählen, dass in Wirtschaft, Wähler_innenschaft und Politik Berücksichtigung findet, dass Arbeitslosigkeit eine teure (siehe ihre sozialen Kosten in 1.1) und unfaire Art der Arbeitszeitverkürzung ist (vgl. 3.1). Jedenfalls könnte durch eine geplante, gleichmäßige Arbeitszeitverteilung Gerechtigkeit gemehrt, Unzufriedenheit reduziert und Radikalismus eingedämmt werden. Dazu kann auch beitragen, das Regime der Arbeitsbewertung fortschreitend zu modifizieren: Unangenehme Arbeit soll tendenziell besser, umgekehrt soll angenehme Arbeit hingegen schlechter entlohnt werden („*compensating wage differentiation*“). Das erfordert allerdings ein ebenso großes Umdenken wie Arbeitszeitumverteilung von Beschäftigten zu Arbeitslosen, wie auch die langwierige Geschichte geregelte Arbeitszeitverkürzung zeigt (Szigetvari 2020).

*soziale
Intelligenz und
ihre möglichen
Ergebnisse*

Also auch hier, im extrinsischen Bereich der Solidarität, hat Bildung offenbar eine Schlüsselposition inne. Dieser Bedarf an zusätzlichem Wissen betrifft nicht zuletzt speziell auch die Politik und die Politiker_innen.

*Schlüsselposition
Bildung*

3.3 Lehren für die Politik

Dringend erforderlich sind ein scharfer analytischer Blick auf die Fakten, Offenheit für alternative Erklärungsansätze, ein Ohr für die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung (nicht überwiegend der „Leistungsträger_innen, die allzu oft eine Schimäre, eine ständig wiederholte Sprechblase oder bloße Worthülse sind), v. a. ein Verständnis für die Bedürfnisse der benachteiligten Teile der Bevölkerung (und nicht das Schwingen der viel zu breiten rhetorischen „Keule“ von den vorgeblich „Nicht-Leistungswilligen“). Dabei genügt es nicht, als eine politische Kraft nur gegen etwas zu sein. Wie die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe, die sich auch mit der relativen Erfolglosigkeit der Arbeitnehmer_innen_bewegung auseinandersetzt, betont, kann es nicht nur vage politische Visionen geben, sondern muss begreiflich gemacht werden, was konkret anzustreben ist, wenn eine gesellschaftliche Veränderung einigermaßen wirksam herbeigeführt werden will (Laclau/Mouffe 2001).

*Ohr für die breite
Bevölkerung und
Konkretisierung
für die Politik*

*Wähler_innen
müssen verstehen
und vertrauen
können*

Die Wähler_innen, tatsächliche wie auch potenzielle, müssten das Gefühl bekommen, dass die von ihnen gewählten politischen Mandatar_innen – egal, ob in der Regierung oder Opposition – auch tatsächlich zu deren politischen Absichten stehen, für die sie gewählt worden sind, und den in den Wahlen geäußerten Willen der Wähler_innen umzusetzen gewillt und bestrebt sind – und letztlich nicht vor angeblichen „Sachzwängen“ kapitulieren (und das vielleicht sogar gern, weil es halt einfacher ist). Immerhin ist jedoch die reale Umsetzung ihres politischen Programms für Parteien nicht einfach: erstens, weil es ohne absolute Mehrheit bzw. ohne Alleinregierung der politischen Kompromisse bedarf (dies mag für ein – minderheitenfreundliches – Mehrheitswahlrechtssystem statt eines Verhältniswahlrechtssystems sprechen). Zweitens berücksichtigt funktionierende Demokratie die Meinung und Anliegen der politischen Minderheiten mit und fördert so die gesellschaftliche Integration. Und auch das ist zu kommunizieren.

*diskursive Floskeln
und Politik-
verdrossenheit*

Das Gefühl der Wähler_innen, dass die Politik nachvollziehbar und konsequent handelt, leidet allerdings unter der modernen, unverfänglichen Sprechweise vieler Politiker_innen, insbesondere auf höheren und höchsten föderalen Ebenen. Es ist doch praktisch, sich nicht festzulegen und sich einer effektiven demokratischen Kontrolle entziehen zu können. Freilich können komplizierte Fragen nicht immer mit einem bloßen Ja oder Nein beantwortet werden, aber nachvollziehbare Argumentation ist abzuverlangen und zuzumuten. Lange Erklärungen ohne (be-)greifbare Inhalte, durchsetzt mit den „diskursiven Floskeln“ (Sprechblasen, die durch Wiederholung glaubhaft gemacht werden sollen), welche die Spin-Doktor_innen (die wahren Politiker_innen?) ihren Kund_innen eingedrillt haben, enervieren die Zuhörer_innen und fördern Politikverdrossenheit, Rückzugsverhalten aus der Demokratie und gesellschaftliche Radikalisierung.

3.4 Private Mildtätigkeit und die Impulsfunktion der Zivilgesellschaft

*individuell-
private Solidarität
nicht optimal*

Auf die individuell-private Ebene der Solidarität sollte man sich nicht verlassen. „Karitative Tätigkeiten im Rahmen des Familienverbands im Kleinen und der ‚Bürgergesellschaft‘ im Großen schaffen – trotz der bekundeten menschenfreundlichen Absicht – faktisch soziale Abhängigkeiten statt Rechtsansprüche, Erpress-

barkeit statt Sicherheit, Unfreiheit statt Entscheidungsfreiheit“ (Bartel 2010, S. 5).

Der Zivilgesellschaft kann – jenseits von Familie, Markt und Staat – eine entscheidende Kontroll- und Impulsfunktion im Hinblick auf solidarische Wirtschaftspolitik zukommen; dazu müsste sie sich aber, zersplittert, wie sie durch die zahllosen Gruppeninteressen, denen sie sich widmet, ist, zu einer strategischen Zusammenarbeit im Dienst des Gemeinwohls finden, und zwar auf der jeweils am stärksten für das betreffende Anliegen relevanten Ebene, von regional bis global. Der globale Charakter der Verteilungs-, Beschäftigungs-, Virus- und Umweltproblematik verlangt eine zunehmend internationale Kooperation der Zivilgesellschaft. In den USA engagieren sich bundesweite Basisbewegungen kämpferisch und in enger Zusammenarbeit mit den großen politischen Parteien. Die ermöglichende Rolle und letztlich realisierende Funktion liegt unweigerlich bei der Politik.

*Zivilgesellschaft
als treibende Kraft,
Politik als umset-
zende Macht*

3.5 Sozialer Grundkonsens über den Umgang mit Meinungsverschiedenheiten

Letztlich soll sich im Zusammenwirken all dieser Bereiche ein auch faktisch gelebter „gesellschaftlicher Grundkonsens“ (Frey/Kirchgässner 2002) herausbilden, wie mit Meinungsverschiedenheiten zivilisiert und konstruktiv umzugehen ist (allerdings ist die Institution Sozialpartnerschaft wesentlich geschwächt worden). Auf der obersten Zielebene herrscht naturgemäß Konsens (Friede, Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit, soziale Wohlfahrtssteigerung), doch auf den nachgeordneten Ebenen der Zielhierarchie – in den Fragen nach dem Wie der Erreichung der obersten Ziel- und Wertvorstellungen – entsteht Dissens, natürlich bedingt durch Werturteile aller Art: ontologische (wie unsere Welt funktioniert), teleologische (wie unsere Zielpyramide aussehen soll und wie wir diese Ziele effizient erreichen können), ideologische (wovon wir grundlegend überzeugt sind) und subjektive (was wir offenkundig irrationaler Weise glauben und meinen). Deshalb und weil so manche wirtschaftspolitische Maßnahme später kaum wieder umkehrbar ist (z. B. Privatisierungen oder Ernennungen in öffentliche Ämter auf Lebenszeit), ist ein sorgsamer und ergebnisoffener gesellschaftlicher Dialog wichtig.

*wie wir unsere
Konflikte lösen
wollen*

zur Motivation

4. Weitblick

„Der Weltuntergang naht? Alles ist verloren? Solche Gedanken führen zu Schockstarre. Es bringt uns als Gesellschaft nicht weiter, den Kopf in den Sand zu stecken. Was wir jetzt vielmehr brauchen, ist ein fröhliches Ausprobieren neuer Wege. Zuversicht in unsere Möglichkeiten. Oder wie [der Soziologe] Harald Welzer sagt, ‚Wir müssen utopisch denken, um realistisch zu sein.‘ (...) [Er] entwirft eine gute, eine mögliche Zukunft. Anstatt nur zu kritisieren, macht er sich Gedanken, wie eine gute Zukunft aussehen könnte“ (Renner Institut 2020, o. S.).

Anmerkungen

1. Quellen: <https://staatsschulden.at/bip>, <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=7.3> (Stand vom 31. 1. 2020), <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=7.2.1> (Stand vom 20. 12. 2019), (alle aufgerufen am 20. 2. 2020), eigene Berechnungen
2. Quelle: <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=7.17> (Stand vom 11. 2. 2020), (aufgerufen am 20. 2. 2020), eigene Berechnungen
3. „Das lateinische Wort ‚finis‘ hat bekanntlich zwei Bedeutungen: Ende – und Ziel. Ein Mensch nun, der nicht das Ende einer (provisorischen) Daseinsform [wie Arbeitslosigkeit; Anm.] abzusehen imstande ist, vermag auch nicht, auf ein Ziel hin zu leben. Er kann nicht mehr, wie der Mensch im normalen Dasein, auf die Zukunft hin existieren. Dadurch verändert sich die gesamte Struktur seines Innenlebens. Es kommt zu inneren Verfallserscheinungen, wie wir sie von anderen Lebensgebieten her kennen [anderen als dem Konzentrationslager]. In einer ähnlichen Situation befindet sich nämlich z.B. der Arbeitslose; auch seine Existenz ist eine provisorische geworden und auch er kann in gewissem Sinne nicht auf die Zukunft hin, auf ein Ziel in dieser Zukunft hin leben. (...) Soweit er einen Blick hinaus tun kann [in die normale Welt], erscheint ihm das Leben dort so, wie es einem Verstorbenen erscheinen mag, der vom ‚Jenseits‘ her auf die Welt herabblickt. Der normalen Welt gegenüber muss daher der Häftling [bzw. der Arbeitslose] das Gefühl bekommen, als ob er dieser ‚Welt abhanden gekommen‘ wäre“ (Frankl 1977/2018, S. 108f., 110).
4. „Das Leben kam mir schwierig vor, weil ich versucht habe, meine Eltern nachzuahmen, aber das war unmöglich, weil sich die Zeiten total geändert haben. Ich habe gekämpft, gelernt, mich auf Prüfungen vorbereitet, ich wollte es ihnen gleichtun ... Aber ich bin gescheitert. Wir müssen uns etwas anderes ausdenken, uns woanders einen Platz suchen, andere Orte, andere Berufe, ein anderes Leben. Wir müssen ganz von vorn anfangen (...). Mit allem. Wir können doch nicht hier sitzenbleiben und uns abrackern, um einen blassen Abklatsch des zweitklassigen Lebens unserer Alten zu bekommen. Ihr Weg war schon von A bis Z vorgezeichnet, wir müssen uns unseren eigenen suchen. Wir müssen aufhören, uns zu beklagen, dass wir nicht so gut wie unsere Eltern leben. Sie haben eine Zeit der Vollbeschäftigung erlebt; du bist in einen Laden gegangen, um dir Latschen zu kaufen,

und am nächsten Tag warst du Latschenverkäufer, du konntest ohne jeden Abschluss Vertreter werden. (...) Wir müssen uns vom Überfluss, (...) von der Vollbeschäftigung verabschieden. Und vor allem dürfen wir niemanden auf uns rumtrampeln lassen“ (Messina 2020, 159 f.).

5. *„Sie musste ein Ziel für diese Tage finden, die sich leer aneinanderreichten. Theoretisch war sie auf dem Höhepunkt ihrer körperlichen Form und hatte sich doch nie so schlaff und nutzlos gefühlt. Es gab kein Ziel, nach dem sie streben konnte, der Sinn des Lebens beschränkte sich auf die lächerliche Summe auf einem Lohnzettel, das Füllen eines Kühlschranks mit ungesunden oder gar giftigen Lebensmitteln. Das Leben, diese wunderbare Animation eines Haufens Atome, reduzierte sich auf niedere physiologische Funktionen. Es war unlogisch, ja psychotisch, nach einem anderen Dasein zu streben als dem einer dicken Katze, deren Tage sich auf den Zeitraum zwischen zwei Futterschüsseln beschränkten. Sie hatte keinerlei musische Erziehung erhalten, keine Liebe für Kunst oder Sport entwickelt, sie hatte keine Leidenschaft. (...) Sie hatte keine Wünsche; mit knapp neunzehn Jahren lebte sie nur noch, um die kleinen Probleme des Alltags zu lösen. Ihre Generation hatte keinen Krieg, dem sie sich widersetzen konnte, keine echten Schwierigkeiten und nicht die geringste Perspektive. Es war ein Nullpunkt des Leiden, die B-Seite des Lebens“ (Messina 2020, 76).*
6. *Thomas Morus schrieb in seinem berühmten Werk „Utopie“: „(...) [Ich] könnte ich nichts zur Förderung des allgemeinen Wohlergehens beitragen, auch wenn ich dafür mein ruhiges Leben aufgeben würde. Erstens haben die meisten Fürsten viel mehr Freude an Krieg und Rittertum (worüber ich nichts weiß und auch nichts wissen will) als an friedlichen Heldentaten und verwenden viel mehr Zeit und Kraft auf die Frage, wie sie – rechtmäßig oder unrechtmäßig – ihr Reich vergrößern können, als darauf, wie sie das, was sie bereits besitzen, gut und friedfertig regieren. Zweitens sind die bereits vorhandenen Ratgeber der Könige entweder selbst so weise, dass sie den Rat eines anderen nicht benötigen, oder sie halten sich zumindest für so weise. Dabei klatschen sie peinlicherweise auch den dümmsten Äußerungen ihrer Herren Beifall, deren Gunst sie durch ihre Schmeicheleien zu erringen versuchen, damit sie selbst umso mehr Macht erhalten. Es ist nur natürlich, dass jedermann seine eigenen Einfälle für die besten hält. (...) Wenn in einer solchen Umgebung, in der die Einfälle der anderen verachtet und verschmäht werden und jeder die eigenen für die besten hält, jemand etwas vorbringt, (...) werden sich die Zuhörer so verhalten, als ob ihre gesamte Weisheit in der Gefahr schwebte, umgestoßen zu werden und sie in Zukunft als Einfaltspinsel dastünden. Deshalb werden sie sich bemühen, in den Einfällen anderer stets etwas zu finden, das sie tadeln und an dem sie etwas aussetzen können“ (Morus 1516/2013, 29 f.).*
7. *„Die Österreicher halten sich für schlechter bezahlt, als sie sind. 70 Prozent der Bürger glauben, dass der Bruttolohn im Schnitt unter 2500 Euro im Monat liegt. Tatsächlich beträgt das aktuelle Niveau aber 3163 Euro. Dass Einschätzungen negativer ausfallen als die Realität, liege im Trend, sagt Andrea Fronaschütz. Die Leiterin des Meinungsforschungsinstituts Gallup sieht dahinter wachsendes Misstrauen gegenüber der Politik und*

- den Systemen – und als Folge davon ‚einen Hang zu Heilsversprechen, Verschwörungstheorien und Rechtspopulismus‘“ (John 2020, o. S.).
8. Der HFCS (Household Finance and Consumption Survey) 2017 untersucht nach Quintilen (das sind Fünftel der österreichischen Bevölkerung, gereiht vom ärmsten bis zum reichsten Fünftel).
 - Nach dem HFCS 2017 sieht die Verteilung des (auch mathematisch-statistisch geschätzten) Nettovermögens (Nettovermögen = Gesamtvermögen minus Schulden) auf die Quintile folgendermaßen aus (Fessler u. a. 2020, Tabelle B19): Der Mittelwert des Nettovermögens ist im ärmsten Quintil mit € -2.900 sogar negativ (d. h., im Durchschnitt hat man dort um € 2.900 mehr Schulden als Vermögen); die durchschnittlichen Nettovermögen sind in den höheren Quintilen € 19.400, € 86.700, € 236.800 und im reichsten Quintil € 912.200 (HFCS 2017, Tabelle B19). Die Anteile dieser durchschnittlichen Quintilsvermögen (netto) am höchsten durchschnittlichen Quintilsvermögen (netto) sind daher -0,3%, 2,1%, 9,5%, 26,0% und freilich 100%. Noch anders gerechnet: Die Anteile der durchschnittlichen Nettovermögen in den Bevölkerungsfünfteln am gesamten durchschnittlichen Nettovermögen betragen -0,2%, 1,6%, 6,9%, 18,9% und 72,9%, zusammen also 100% dieses Nettovermögens (siehe auch Tabelle 3).
 - Dieselben Verteilungsmaße (also Quintile) ergeben für das Bruttoeinkommen € 16.000, € 28.400, € 41.600, € 58.200 und € 108.500 (Fessler u. a. 2020, Tabelle C4). Die Anteile dieser durchschnittlichen Bruttoeinkommen in den Quintilen am durchschnittlichen Quintileinkommen insgesamt sind somit 14,8%, 26,2%, 38,3%, 53,6% und notwendigerweise 100%. Wiederum anders formuliert: Die Anteile der durchschnittlichen Bruttoeinkommen der Bevölkerungsfünftel am gesamten durchschnittlichen Bruttoeinkommen belaufen sich auf 6,3%, 11,2%, 16,5%, 23,0% und 42,9%, zusammen also 100% des dieses Bruttoeinkommens (siehe auch Tabelle 3).
 - Dieselben Verteilungsmaße (Quintile) ergeben für das Bruttoeinkommen der Unselbstständigen € 12.700, € 24.200, € 35.700, € 48.900 und € 79.700 (Fessler u. a. 2020, Tabelle C1). Die Anteile dieser durchschnittlichen Bruttoeinkommen in den Quintilen am durchschnittlichen Quintileinkommen insgesamt sind demnach 15,9%, 30,4%, 44,8%, 61,4% und notwendigerweise 100%. Wiederum anders dargestellt: Die Anteile der durchschnittlichen Bruttoeinkommen der Bevölkerungsfünftel am gesamten durchschnittlichen Bruttoeinkommen belaufen sich auf 6,3%, 12,0%, 17,7%, 24,3% und 39,6%, insgesamt natürlich 100% des dieses Bruttoeinkommens (siehe auch Tabelle 3).
 9. Quelle: Fessler u.a. (2020, Tabellen B19, C1 und C4)
 10. Äquivalenzeinkommen („äquivalisiertes Einkommen“) berücksichtigt den positiven Wohlfandseffekt, den das kostengünstigere Zusammenleben mehrerer Personen in Haushalten hat. Mittleres Einkommen („Medianeinkommen“) ist jene Einkommenshöhe, bei der die eine Hälfte der jeweiligen Bevölkerung weniger, die andere Hälfte mehr verdient.
 11. Utilitaristen sehen die soziale Wohlfahrt als Summe aller Einzelnutzen der Individuen an und blenden somit Gemeinschaftsinteressen aus, die nur gemeinschaftlich (v. a. wirtschaftspolitisch) bestmöglich zu lösen sind.

12. *„Allein der gesunde Menschenverstand, ein so respektabler Geselle er auch in dem hausbackenen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Abenteuer, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt; und die metaphysische Anschauungsweise, auf so weiten, je nach Natur des Gegenstandes ausgedehnten Gebieten sie auch berechtigt und sogar notwendig ist, stößt doch jedesmal früher oder später auf eine Schranke, jenseits welcher sie einseitig, borniert, abstrakt wird und sich in unlösliche Widersprüche verirrt, weil sie über den einzelnen Dingen deren Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden und Vergehen, über ihre Ruhe ihre Bewegung vergißt, weil sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht“ (Engels 1894/1975, S. 21).*
13. *„Diese Periode des Neoliberalismus (...) erhielt nach 1990 einen neuen Anstoß und eine Verschärfung, als weitere Einflussfaktoren Einzug hielten. Der wichtigste war die rasche Entwicklung und Verbreitung der mikroelektronischen Revolution. Mehr noch als frühere technische Verbesserungen traf sie fast jeden Sektor der Wirtschaft. Die Produktion einer breiten Palette von Waren und Diensten, der Transport, die Kommunikation, organisatorische Möglichkeiten etc. waren alle betroffen. Dies schuf den Boden für die Entstehung neuer Wirtschaftsstrukturen, die in Verbindung mit dem voranschreitenden Liberalisierungsprozess zur gegenwärtigen Situation einer modernen Globalisierung führte, in der mächtige transnationale Industrie- und Finanzanliegen entscheidende Verhandlungsmacht und Einfluss besitzen. Durch ihren Einfluss und ihre Unterstützung wurden neoliberale und ‚marktfreundliche‘ Ziele zum Nachteil anderer gefördert, insbesondere in Gestalt sozialer und ökologischer Probleme. Dabei nehmen einige internationale Institutionen (WTO, IMF, Weltbank) und die EU mit ihrer unabhängigen Zentralbank und ihrer allgemeinen Regelungsmacht, welche die Mitgliedsstaaten zu einem einheitlich neoliberalen Programm zwingen, eine wichtige Position ein“ (Rothschild 2009, S. 215, eigene Übersetzung).*
14. *Hinsichtlich der Verteilung der wegen der Krise zusätzlich getätigten Staatsausgaben wurde allerdings von heterodoxer Seite Kritik laut, dass hohe Budgetmittel (auch in Österreich) für Bankenrettung eingesetzt wurden, aber zu wenig Budget, um die sozialen Schäden der von der Krise letztlich Betroffenen gerechter abzufedern.*
15. *Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, äußerte mehrfach den Schlüsselsatz „Es kann keine Freiheit ohne Solidarität geben“ (Buzek 2009, S. 3).*
16. *„Der Wohlfahrtsstaat konzentriert sich mittlerweile auf ein garantiertes Minimum an Mitteln, welches die Bürger_innen in die Lage versetzen soll, das abzudecken, was der Staat als Lebenshaltungskosten ansieht. Bei der Kalkulation dieser Kosten ist der Staat schäbig und fetischistisch“ (Desai 1999, S. 11, eigene Übersetzung).*
17. *Angesichts merklicher industrieller Produktivitätssteigerung stellte bereits Keynes (1930/1963) beim Nachdenken über die ökonomischen Möglichkeiten der Enkelkinder seiner Zeitgenoss_innen fest, dass 15 Arbeitsstunden pro Woche einheitlich für jede und jeden ausreichen würden, den Wohlstand zu erhalten (wobei Vollbeschäftigung bei nahezu Nullzinsen seiner Mei-*

nung durchaus möglich wäre) – wenn er auch meinte, dass die geregelte Arbeitszeitverkürzung die nächsten 100 Jahre (also bis 2030) nicht würde verwirklicht werden können – aber das ist freilich Prophetie.

Literatur

- » Bartel, Rainer (1994): *Allgemeine Grundlagen der Umweltpolitik*, in: Bartel, Rainer/Hackl, Franz (Hg.): *Einführung in die Umweltpolitik*. München, S. 3–32
- » Bartel, Rainer (2000): *Volkswirtschaft und Staat als Firmen?* In: *Kurswechsel* 16/2, S. 91–99. http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/091_rainer_bartel.pdf (aufgerufen am 9. 3. 2020)
- » Bartel, Rainer (2010): *Ebenen und Probleme der Solidarität: eine (weitgehend) ökonomische Sicht*. Tagungspapier für den Momentum Kongress, http://momentum-kongress.org/cms/uploads/documents/Beitrag_Bartel8_3_2011_3829.pdf (aufgerufen am 27. 2. 2020)
- » Bartel, Rainer (2016): *Neoklassik. Das Exakte für die Ökonomik, das Beste für den Menschen*. Skriptum für den Kurs Politische Ökonomie. https://www.researchgate.net/publication/283486874_Neoklassik_Das_Exakte_fur_die_Okonomik_das_Beste_fur_den_Menschen_Fassung_Nov_2016 (aufgerufen am 25. 2. 2020)
- » Bartel, Rainer (2020): *Was bleibt nach dem AS/AD-Modell? Ein Blick hinter die Kulissen von Blanchard/Ilting*. Arbeitspapier
- » Bartel, Rainer / Kepplinger, Hermann / Pointner, Johannes (2006): *Besser als Neoliberalismus. Solidarische Wirtschaftspolitik*. Wien
- » Bäuerle, Lukas (2017): *Die ökonomische Lehrbuchwissenschaft – Zum disziplinären Selbstverständnis der Volkswirtschaftslehre*, in: *Momentum Quarterly*, 6/4, S. 252–270. <https://www.momentum-quarterly.org/ojs2/index.php/momentum/article/view/2478> (aufgerufen am 25. 2. 2020)
- » BMASK (2017): *Sozialbericht 2015–2016*. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.), Wien. <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372> (aufgerufen am 17. 12. 2019)
- » Budd, Alan (2004): *What Do Economists Know?* In: *World Economics* 5/3, S. 17–26, abstract <http://econpapers.repec.org/article/wejwildecn/177.htm> (aufgerufen am 25. 2. 2020)
- » Buzek, Jerzy (2009): *Vorwort des Präsidenten*, in: *Die vielen Gesichter des Europäischen Parlaments, 2009–2011*. https://www.europarl.europa.eu/germany/resource/static/files/service/Die_vielen_Gesichter_des_EP.pdf (aufgerufen am 27. 2. 2020)
- » Cappelen, Alexander W. / Nygaard, Knut / Sörensen, Erik Ö. / Tungodden, Bertil (2015): *Social Preferences in the Lab. A Comparison of Students and a Representative Population*, in: *The Scandinavian Journal of Economics* 117/4, S. 1306–1326
- » Coase, Ronald H. (1960): *The Problem of Social Cost*, in: *The Journal of Law and Economics* 3/1, S. 1–44, <https://www.law.uchicago.edu/files/file/coase-problem.pdf> (aufgerufen am 25. 2. 2020)
- » Dauderstädt, Michael / Keltem, Cem (2011): *Immeasurable Inequality in the European Union*, in: *Intereconomics*, Heft 1, S. 44–51

- » Desai, Meghnad (1999): *Well-Being and the Politics of Time*, in: *The Review – The Journal of Social Market Foundation*, September, p. 11
- » Di Guilmi, Corrado (2017), *The Agend-Based Approach to Post Keynesian Macro-Modeling*, in: *Journal of Economic Surveys*, 31/5, S. 1183-1203
- » Draghi, Mario (2007): *Vortrag auf der Luxembourg Wealth Study Conference*, Juli, Rom, zit. n. *BMASK* (2017)
- » Duma, Veronika (2019): *Rosa Jochmann. Politische Akteurin und Zeitzeugin*. Wien
- » Eichmann, Hubert / Schönauer, Annika / Schörpf, Philip / Jatic, Ademir (2019): *Soziale Risiken von Digitalisierungsprozessen. Trendanalysen im Erwerbs- und Privatleben mit Fokus auf Wien*. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC15476403> (aufgerufen am 27. 2. 2020)
- » Engartner, Tim / Schweitzer-Krah, Eva (2019): *Wie denken Studierende über die Pluralismusdebatte in der Volkswirtschaftslehre? Ergebnisse einer quantitativen Befragung an deutschen Hochschulen*, in: van Treeck, Till / Urban, Janina (Hg.innen): *FGW-Studien Neues ökonomisches Denken*, Nr. 10, Düsseldorf. http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-NOED-10-Engartner-2019_01_22-komplett-web.pdf (aufgerufen am 25. 2. 2020)
- » Engels, Friedrich (1894/1975): *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“)* (1894), zit. nach Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke* (1975), Bd. 20, Berlin
- » EU-SILC (2015): *European Union Statistics of Income and Living Conditions 2015* <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372> (aufgerufen am 17. 12. 2019)
- » Fessler, Pirmin / Lindner, Peter / Schürz, Martin (2019/2020): *Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2017. First Results for Austria* (Jänner 2019). *Tabellen* (Februar 2020). <https://hfcs.at/ergebnisse-tabellen/hfcs-2017.html>, Tabellen B19, C? (aufgerufen am 21. 2. 2020)
- » Fisch, Michael (2011): *Werke und Freuden. Michel Foucault – eine Biografie*. Bielefeld
- » Frey, Bruno S. / Kirchgässner, Gebhard (2002): *Demokratische Wirtschaftspolitik*. München
- » Fuchs, Michael / Hollan, Katarina / Gasior, Katrin / Premrov, Tamara / Scoppetta, Annette (2019): *Falling through the social safety net? Analysing non-take-up of minimum income benefit and monetary social assistance in Austria*. Wien. http://www.armutskonferenz.at/files/european_centre_non_take_up_minimum_income_in_at-2019.pdf (aufgerufen am 27. 2. 2020)
- » Heimberger, Philipp (2020): *Österreichs Fiskalpolitik im europäischen Kontext: Handlungsspielräume bei niedrigen Zinsen und Wirtschaftsabschwung*. *WIIW-Forschungsbericht 16*, <https://wiiw.ac.at/oesterreichs-fiskalpolitik-im-europaeischen-kontext-handlungsspielraeume-bei-niedrigen-zinsen-und-wirtschaftsabschwung-dlp-5230.pdf> (aufgerufen am 25. 2. 2020)
- » Hellmann, Thorsten / Schmidt, Pia / Heller, Sascha Matthias (2019): *Social Justice in the EU and OECD. Index Report 2019*. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/social-justice-in-the-eu-and-oecd/> (aufgerufen am 21. 2. 2020)

- » Hicks, John (1939): *The Foundations of Welfare Economics*, in: *The Economic Journal* 49/4, S. 696-712. <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/2225023.pdf?acceptTC=true> (aufgerufen am 25. 2. 2020)
- » Illouz, Eva (2009): *The culture of management. Self-interest, empathy and emotional control*, in: Rafael Ziegler (Hg.): *An Introduction to Social Entrepreneurship*. Cheltenham, S. 107–132
- » John, Gerald (2020): *Den Leuten geht es finanziell besser, als sie vielfach glauben*, in: <https://www.derstandard.at/story/2000114819828/den-leuten-geht-es-finanziell-besser-als-sie-vielfach-glauben>, 21. 2. (aufgerufen am 21. 2. 2020)
- » Kaldor, Nicholas (1939): *Welfare Propositions of Economics and Interpersonal Comparisons of Utility*, in: *The Economic Journal* 49/3, S. 549–552. <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/2224835.pdf> (aufgerufen am 25. 2. 2020)
- » Keynes, John Maynard (1930/1963): *Economic Possibilities for our Grandchildren (1930)*, in: Keynes, John M. (1963): *Essays in Persuasion*. New York, S. 358–373 <http://www.econ.yale.edu/smith/econ116a/keynes1.pdf> (aufgerufen am 26. 2. 2020)
- » Keynes, John Maynard (1936/1973): *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London, New York
- » Kindleberger, Charles P. (1973): *The world in depression. 1929-1939*. London
- » Marchart, Oliver (Hg.) (2013): *Facetten der Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben*. Bielefeld
- » Messina, Marion (2020): *Fehlstart*. München
- » Morus, Thomas (1516/2013): *Utopia*. Wiesbaden
- » Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (2001): *Hegemony and Socialist Strategy*. London, New York
- » Mueller, Dennis C. (1989): *Public choice II. A revised version of Public choice*. Cambridge
- » Musgrave, Richard A. (1959): *The theory of public finance. A study in public economy*. New York
- » OeNB / WKO (2018): *Economic and Monetary Union – Deepening and Convergence. 45th Economic Conference, Linz, Austria, 5. und 6. 7.*, <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Volkswirtschaftliche-Tagung.html> (aufgerufen am 25. 2. 2019)
- » Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München
- » Polanyi, Karl (1944/1977): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a. M.
- » Rawls, John (1995): *Gerechtigkeit als Fairneß: politisch nicht metaphysisch*, in: Honneth, Axel (Hg.): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*. Frankfurt, New York, S. 36–67
- » Renner Institut (2020): *„Alles könnte anders sein“ – Buchpräsentation mit Harald Welzer. E-Mail von post@renner-institut.at vom 24. 2.*
- » Ridderstrale, Jonas / Nordström, Kjell A. (2002): *Karaoke capitalism. Management for mankind*. Harlow
- » Rodrik, Dani (2020): *New firms for a new era*, in: *Social Policy*, 19. 2., <https://>

- www.socialeurope.eu/new-firms-for-a-new-era* (aufgerufen am 20. 2. 2020)
- » Rothschild, Kurt (1983): *Vollbeschäftigung – eine Ausnahmesituation?* In: *Das Parlament*, 6. 8., S. 25–31
 - » Rothschild, Kurt (2009): *Neoliberalism, EU and the Evaluation of Policies.* In: *Review of Political Economy* 21/2, S. 213-225
 - » Samuelson, Paul A. (1985): *Succumbing to Keynesianism*, in: *Challenge* 28/1, S. 4–11
 - » Schumpeter, Joseph Alois (1942/1993): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.* Tübingen
 - » Stiglitz, Joseph E. (2016): *Inequality and Economic Growth*, in: Jacobs, Michael / Mazzucato, Mariana (Hg.innen): *Rethinking Capitalism. Economics and Policy for Sustainable and Inclusive Growth.* Chichester, S. 134–155. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1111/1467-923X.12237> (aufgerufen am 20. 2. 2020)
 - » Stiglitz, Joseph E. (2018): *The Myth Of Secular Stagnation*, in: *Social Europe*, 6. 9., <https://www.socialeurope.eu/the-myth-of-secular-stagnation> (aufgerufen am 20. 2. 2020)
 - » Szigetvari, András (2020): *35-Stunden-Woche. Wie Unternehmer einst und heute vor Arbeitszeitverkürzung warnten*, in: *derStandard.at*, 2. 3. (aufgerufen am 9. 3. 2020)
 - » Truger, Achim (1998): *Die Neue Finanzwissenschaft zwischen Realitätsferne und Irrelevanz der Annahmen.* Bern
 - » von Weizsäcker, Carl Christian (2012): *Akzeptanzdynamik der Marktwirtschaft. Die Frage nach der guten Wirtschaftsordnung. Vortrag beim Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik, Münster.* <https://www.coll.mpg.de/79799/Akzeptanzdynamik.pdf> (aufgerufen am 26. 2. 2020)